

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 66 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zur Diskussion über UNO-Kampfgruppen: Bomben lösen keine Konflikte.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdB zum geplanten V2-Festakt in Peenemünde: Wann wird der Erfinder des Gaskriegs geehrt?

Seite 4

Hans Urbaniak MdB zur Bedeutung des Mitbestimmungssicherungsgesetzes für den EG-Binnenmarkt: Arbeitnehmerrechte im vereinten Europa bewahren.

Seite 5

### Rezension

Dr. Gerhard Schmid MdB stellt das Buch "Mafia im Staat" vor: Die Mafia - ein Sektor der Marktwirtschaft.

Seite 6

47. Jahrgang / 186

28. September 1992

### Bomben lösen keine Konflikte

Zur Diskussion über UNO-Kampfgruppen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

In der UNO-Vollversammlung werden zur Zeit unter anderem die Reformvorschläge des Generalsekretärs "Agenda für den Frieden - Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung" diskutiert.

Der UNO-Auftritt von Präsident Bush hat für die deutsche Diskussion über die Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Aktionen allerdings eine gewisse Ernüchterung gebracht: Zwar sind die USA neuerdings bereit, aktiv die Kapazitäten der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Maßnahmen (Blauhelm-Einsätze) zu verbessern. Ausbildungsplätze für "Peace Keeping" stellte der US-Präsident in Aussicht, auch wenn sich Wahlkampf motive vermuten lassen: Peace Keeping ist wahrlich keine amerikanische Tradition. Aber mit keinem konkreten Wort unterstützte er jene Vorschläge von Butros Ghali welche dem UN-Generalsekretär mehr Kompetenzen und den Vereinten Nationen ein Gewaltmonopol übertragen würden. Auch eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür - die vorbehaltlose Anerkennung von Urteilen des Internationalen Gerichtshofes - wurde von Bush mit keinem Wort erwähnt. Auch von einer Bezahlung der Schulden der USA gegenüber der UNO (733 Millionen Dollar) sprach er nicht, obgleich er vage "neue Formen der Finanzierung" andeutete.

Damit wurde deutlich: Die USA - und damit das mächtigste Mitglied im Sicherheitsrat - denken nicht daran, eine UNO-Reform zu unterstützen, welche globales militärisches Handeln aus den Händen der Großmächte nehmen würde. Und als Veto-Macht des Sicherheitsrates werden sie sich selbst und nicht der UNO militärische Zwangsmaßnahmen aus reiner US-Interessenlage vorbehalten.

Aber immerhin bekannten sich die Vereinigten Staaten zu jenem Instrument der UNO, welches der UN-Generalsekretär in seinem Bericht als das "zentrale Instrument der Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Friedenserhaltung" bezeichnet hat: "Peace Keeping".

Damit bekommt die SPD-Initiative für eine Verfassungsänderung zugunsten des Blauhelm-Einsatzes der Bundeswehr internationales Gewicht. Seiten war die SPD so im internationalen "Mainstream" wie bei der Frage der Blauhelme.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro  
aus veredeltem Karton  
in recycling-Papier



Deshalb sollten wir unsere deutsche Diskussion, die immer wieder auf die 'Gretchenfrage nach Kampfeinsätzen' reduziert wird, realistischer angehen. Immerhin hat sogar der Bundesverteidigungsminister mehrfach öffentlich erklärt, wichtigste neue Aufgabe für die Bundeswehr sei der Blauhelm-Einsatz für die Vereinten Nationen, und Deutschland sei weder psychologisch noch militärisch zu Kampfeinsätzen in der Lage. Wir Sozialdemokratinnen sollten uns nicht eine Diskussion über Kampfeinsätze der Bundeswehr unter UNO-Kommando (die wir in Bremen ausdrücklich abgelehnt haben) aufdrängen lassen, aus folgenden Gründen:

1. Niemand hat Deutschland jemals darum gebeten, der UNO Kampftruppen zur Verfügung zu stellen, das von uns angestrebte UNO-Gewaltmonopol ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich.
2. Der vielzitierte und nie realisierte Artikel 43 wurde seinerzeit unter dem Eindruck des Sieges über Hitlerdeutschland und Japan in die UNO-Satzung aufgenommen. Das Kriegsszenario war der bei UNO-Gründung gerade beendete Weltkrieg gegen Kontinente verschlingende Aggressoren. Die Philosophie der "Kampfeinsätze" entspricht dem Denken aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, nicht aber den Erfordernissen der heutigen Herausforderungen für den Frieden.
3. Deshalb sind die Instrumentarien, wie sie in der 'Agenda für den Frieden' vom UNO-Generalsekretär vorgeschlagen werden, weitaus differenzierter und politischer als etwa die Forderung nach 'Kampfeinsätzen': Frühwarnung und vorbeugende Diplomatie, insbesondere vor Ort in Spannungsgebieten; Friedensschaffung mit friedlichen Mitteln; Friedenserhaltung mit Hilfe von UN-Friedenstruppen; Friedenskonsolidierung - das sind die Hauptelemente dieses aufeinander abgestimmten modernen Konzepts, die vorbehaltlose Anerkennung des internationalen Gerichtshofes durch alle UNO-Mitglieder bis zum Jahr 2000 und das Gewaltmonopol der UNO wurden von Butros Ghali in die Diskussion gebracht.
4. Diese Debatte ist längst nicht beendet, und die Schaffung eines UNO-Gewaltmonopols, das demokratisch legitimiert ist und Machtmißbrauch strukturell ausschließt, bedarf noch jahrelanger intensiver Mitarbeit an der UNO-Reform. Über die dann erforderlichen Schritte wissen wir heute noch wenig: Beispielsweise hängt der Charakter der dann eventuell angeforderten Streitkräfte völlig davon ab, wie die UNO bis dahin ihre Friedenserhaltungsmaßnahmen, Krisenpräventions- und Managementfähigkeiten ausgebaut haben wird.
5. Heute schon eine Verfassungsklausel, die über die Bereitstellung von 'Blauhelmen' für UNO-Friedenstruppen hinausgeht, zu verabschieden, wäre ebenso absurd wie die Vorstellung, das Grundgesetz im Jahre 1982 auf die Maastrichter Verträge von 1992 vorbereitet zu haben.

Ich rate dem bevorstehenden Parteitag dringend, diese Frage dann auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sie ansteht: Dies wird voraussichtlich Jahre dauern. Die weltpolitische Lage, die die Basis für den Blauhelmebeschuß vom Mai 1991 war, hat sich nicht grundlegend gewandelt: Ein Hauptkonflikt - in Ex-Jugoslawien - ist dazugekommen, aber niemand glaubt ernsthaft, dieser Konflikt sei durch Kampfeinsätze, gar durch deutsche Beteiligung daran, zu lösen.

Einen solchen Beschluß kann man dann ändern, wenn die Weltlage und die Struktur der UNO grundlegend geändert ist, nicht durch einen 'Vorratsbeschluß'.

In der deutschen Außenpolitik ist ein neuer Realismus angebracht, verbunden mit dem Willen, die UNO tatsächlich durch aktive Mitarbeit in ihren Strukturen zu reformieren, zu demokratisieren und effizienter mit Problemlösungskompetenz auszustatten.

Ich plädiere dafür, daß sich die SPD realistisch auf das konzentriert, was jetzt und heute für die Stärkung der Vereinten Nationen notwendig ist: Nicht ohne Grund ist das Blauhelm-Konzept

als militärische Komponente der friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen in den Mittelpunkt gerückt: Nur unparteiische Blauhelme - und kein Kampfauftrag zugunsten einer Seite - können zur Entschärfung militärischer Konflikte beitragen und den Menschen unmittelbar helfen.

Wir sollten uns dafür einsetzen, daß Bundeswehrsoldaten auf Blauhelm-Einsätze vorbereitet werden, die als Teilnehmer einer Weltpolizei das Gegenteil des "normalen" militärischen Trainingsprogramms lernen: Blauhelme müssen statt kämpfen schützen lernen, statt Kampfauftrag für eine Partei die Vermittlung zwischen den Streitparteien und das Auseinanderhalten von Konfliktparteien.

Das skandinavische Modell, das auf jahrzehntelanger gemeinsam vorbereiteter Beteiligung an UNO-Friedenseinsätzen fußt, ist hier vorbildlich auch für Deutschland. Es täte dem weltpolitischen Ruf Deutschlands gut, sich als Sitz einer UN-Peace-Keeping-Akademie anzubieten, die diese Erfahrungen an deutsche und ausländische Teilnehmer an friedenserhaltenden Maßnahmen weitergibt.

Die Behauptung von der segensreichen Wirkung von "friedensschaffenden Kampfeinsätzen" wird auch nicht durch Ihre ständige Wiederholung richtiger. Lamers und Kinkel handeln damit gegen deutsche und internationale Interessen. Sie ignorieren:

1. Kampfeinsätze bedeuten Eskalation und Krieg. Das hat mit Friedensschaffung nichts zu tun, die der UN-Generalsekretär in seiner "Agenda für den Frieden" folgendermaßen definiert: "Friedensschaffung bezeichnet Maßnahmen mit dem Ziel, feindliche Parteien zu einer Einigung zu bringen, im wesentlichen durch solche friedlichen Mittel, wie sie im Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen sind."
2. Bundesaußenminister Kinkel irrt, wenn er mit dem Wort, die Deutschen müßten "alle Rechte und Pflichten der UNO-Charta erfüllen" behauptet, dies verpflichte die Deutschen zur Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen. Die UNO-Charta beinhaltet keine Verpflichtung dazu. Außerdem dürfen die deutschen Soldaten nicht für die Defizite in der internationalen Politik herhalten, können nicht das korrigieren, was vorher versäumt wurde. Auch ungelöste Konflikte werden nicht durch Kampfeinsätze lösbar. Es gibt leider schreckliche kriegerische Konflikte auf dieser Welt, die auch wir Deutschen - ob allein oder mit anderen - militärisch nicht lösen können.

Ich halte es nicht für verantwortbar, daß deutsche Soldaten ihr Blut für eine verfehlt Politik auf fremden Schlachtfeldern opfern sollen. Das Zeitalter der "gerechten Kriege" ist vorbei. Unter Bombenteppichen wächst kein Frieden.

3. Und dies gilt eigentlich an erster Stelle: Das wiedervereinigte größere Deutschland sollte seine Verantwortung in der Welt nicht auf militärische Aktionen stützen. Dafür haben sogar unsere Nachbarn und Partner Verständnis.

Nicht ohne Grund hat Björn Engholm in einem Interview (am 19. August 1992) betont, daß militärische Zurückhaltung ein Vermächtnis der Geschichte ist, das für Deutschland und Japan gleichermaßen gilt. Es zeugt durchaus von weltpolitischer Verantwortung aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, wenn von der japanischen konservativen Regierungspartei das jüngst verabschiedete Blauhelm-Gesetz ähnliche Einschränkungen enthält wie der SPD-Vorschlag im Deutschen Bundestag.

Militärische Zurückhaltung bedeutet auch für Deutschland keineswegs weltpolitische Abstinenz, sondern Verantwortungsbewußtsein. In diesem Sinne möchte ich aus dem gleichen Interview Björn Engholm zitieren, der die wichtigsten Punkte aus der "Agenda für den Frieden"

des UNO-Generalsekretärs hervorhebt, die in der einseitig verkürzten innenpolitisch motivierten Diskussion bei uns häufig verdrängt werden:

"Die UNO braucht ein politisches Frühwarnsystem, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und einzudämmen.

Durch sogenannte Tatsachenermittlung und präventive Diplomatie muß die UNO Konflikte vor Ort möglichst vor dem gewalttätigen Ausbruch lösen helfen. Durch eine ständig verfügbare Blauhelm-Truppe muß der Generalsekretär die Möglichkeit haben, jederzeit, auch präventiv, zum Beispiel in bedrohten Gebieten, Blauhelme stationieren zu können.

Ausbau der gewaltfreien friedensschaffenden Maßnahmen, um feindliche Parteien zu einer Einigung zu bringen, entmilitarisierte oder geschützte Zonen zu schaffen und mit Hilfe der Blauhelme, polizeilicher und ziviler Kräfte zum Wiederaufbau von demokratischen Institutionen und der Infrastruktur in von Kriegen zerrütteten Gebieten beitragen zu können." (Björn Engholm in INTERN vom 19. August 1992)

Es werden noch Jahre ins Land gehen, bis die Großmächte bereit sind, einen Teil ihrer Streitkräfte dem UNO-Generalsekretär zu unterstellen und sich selbst den Schiedssprüchen des Internationalen Gerichtshofs ohne Vorbehalte zu unterwerfen.

Deshalb ist eine Entscheidung über eine mögliche Verfassungsänderung zur Unterstützung des UNO-Gewaltmonopols überhaupt nicht aktuell. Hauptaufgabe sollte es vielmehr sein, das bewährte Instrument friedenserhaltender Maßnahmen der Vereinten Nationen personell und finanziell zu unterstützen und in den Gremien der Vereinten Nationen politisch für eine Reform einzutreten, die die UNO tatsächlich zur Weltfriedensinstanz macht.

Dafür brauchen wir weder eine Kampftruppe noch einen UNO-Kampftuppenparagrafen im Grundgesetz, sondern den ausdauernden politischen Willen und die Überzeugungskraft des weltpolitisch sich engagierenden vereinigten Deutschlands.

(-/28. September 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Wann wird der Erfinder des Gaskriegs geehrt?**

**Zum geplanten V2-Festakt in Peenemünde**

**Von Dr. Rolf Linkohr MdEP**

**Forschungspolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament**

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie soll auf den angekündigten Festakt "50 Jahre Raumfahrt" aus Anlaß des ersten Abschusses einer V2-Rakete ersatzlos verzichten. Die für den 3. Oktober in Peenemünde geplante Veranstaltung ist - noch dazu am Tag der Deutschen Einheit - nicht nur unglaublich geschmacklos, sie bringt auch den ganzen Industriezweig und insbesondere die Köpfe in den Führungsetagen, denen so etwas einfällt, international in Verruf.

Die Zeiten, in denen "hervorragende wissenschaftliche und technische Pionierleistungen" in der Kriegstechnik gefeiert wurden, müssen endgültig vorbei sein. Sonst könnten wir morgen ja zu Ehren von Professor Haber, dem Erfinder des Gaskriegs, einen Empfang geben. Von solchen "Leistungsträgern", die vor lauter Faszination vor der Technik den tödlichen Zweck übersehen, hatten die Deutschen in ihrer Geschichte bereits mehr als genug gehabt.

Zurecht hat sich in Deutschland Protest erhoben, als in London vor kurzem 'Bomber-Harris' ein Denkmal gesetzt wurde. Das ist aber noch lange kein Grund den Briten hier nachzueifern und die Erfindung einer 'Wunderwaffe' zu feiern, die mit ihrem ersten 'Erfolg' einen Teil Londons ausstrahlte.

(-/28. September 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Arbeitnehmerrechte im vereinten Europa bewahren**  
**Zur Bedeutung des Mitbestimmungssicherungsgesetzes für den EG-Binnenmarkt**

**Von Hans Urbaniak MdB**  
**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung**

Die Vollendung des EG-Binnenmarktes bringt neben vielem Guten auch etliche Probleme für die in Deutschland bestehenden Arbeitnehmerrechte, die es im Vorfeld zu entschärfen gibt. So ist es notwendig, mitbestimmungsrechtliche Flankierungen bei der Umsetzung der EG-Fusionsrichtlinien in das nationale Umwandlungssteuerrecht einzubauen. Es muß verhindert werden, daß die Mitbestimmung entfällt weil zum Beispiele im Falle von Übertragungen von Betrieben oder Teilbetrieben an einen ausländischen Konzern die dadurch reduzierte Arbeitnehmerzahl dazu führt, daß der Grenzwert für die Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes nicht mehr erreicht wird.

Das gleiche gilt auch für eine Übertragung einer Mehrheitsbeteiligung einer deutschen Tochtergesellschaft auf ein ausländisches Unternehmen. Gleichzeitig darf die Mitbestimmung nicht dazu führen, daß steuerliche Erleichterungen für Unternehmen dadurch entfallen. Es ist also ein Gebot der Stunde, die Mitbestimmung in einem besonderen Gesetz zu sichern. Die Initiative der Bundesregierung hierzu ist zu begrüßen und es ist sicher, daß wir Sozialdemokraten sie - in verbesserter Form- unterstützen werden. Auch die Richtlinien des Rates vom 23. Juli 1990 über das gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten betreffen, sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Bedauerlich ist es, daß immer noch viele Arbeitgeber nicht einsehen wollen, daß die Mitverantwortung und das Verantwortungsbewußtsein von mündigen Arbeitnehmern ein Garant für eine wirtschaftlich fruchtbare und sozialgerechte Zusammenarbeit ist.

Die in der Vergangenheit schon mehrfach notwendig gewordenen Sicherungsgesetze auf diesem Gebiet zeigen deutlich, daß immer wieder versucht wird, sich von der vermeintlichen Fessel 'Mitbestimmung' zu befreien. Dem Mitbestimmungssicherungsgesetz kommt daher eine besondere Bedeutung zu, da es nicht angehen kann, daß wir mit einem vereinten Europa in das Jahr 2000 gehen und die Arbeitnehmerrechte in das 19. Jahrhundert zurückversetzt werden.

(-/28. September 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## REZENSION

### Die Mafia - ein Sektor der Marktwirtschaft

H. Leyendecker, R. Rickelmann, G. Bönisch: "Mafia im Staat", Steidl-Verlag Göttingen, 1992.

Oft sind Klappentexte wie Schlepper vor Lokalen: sie versprechen draußen mehr, als drinnen stattfindet. Wer Neues über die italienische Mafia in Deutschland lernen möchte, wird enttäuscht. Versprochene Details über die Rolle deutscher Banken als Geldwaschanstalten sucht der Leser genauso vergebens wie den Auftraggeber des Borsellinomordes. Wer Lindlaufs 1987 erschienenes Buch "Der Mob" kennt, und regelmäßig Zeitung liest, erfährt keine zusätzlichen Enthüllungen über die "Ehrenwerte Gesellschaft". Trotzdem lohnt das Buch.

Mafia gedeiht nur auf dem Sumpfboden einer Gesellschaft, in der Korruption als cleveres Kavallersdelikt gilt und der Staat gezielt wegsieht, wenn es ums große Geld geht. Von Bauskandalen über das Transferrubelgeschäft bis zur Verwicklung Genschers in gesetzwidrige Waffenlieferungen - die ganze Palette einschlägiger Skandale wird vorgeführt. Dazu gehört auch die Mitwirkung des bundeseigenen Salzgitterkonzerns bei der Lieferung einer Giftgasfabrik an Libyen. Spätestens bei der Beschreibung der staatlichen Vertuschungsversuche wird klar, wo die Schnittstelle zu Mafiastrukturen liegt.

Der von der Mafia ermordete Carabinierigeneral Dalla Chiesa hat sich noch an seinem Todestag über die mangelnde Unterstützung durch die Regierung beklagt. Der Kampf gegen die Mafia könnte nur gewonnen werden, wenn der Staat klarmache, daß er ihm ernst sei. Auch die Bundesregierung, so kritisieren die Autoren, läßt die Polizei im Stich. Andere Länder hätten zum Beispiel längst drastische Maßnahmen gegen Geldwäsche ergriffen. So drohen in England Geldwäschern und ihren Helfershelfern in den Banken eine Haftstrafe bis zu 14 Jahren. In Deutschland riskieren Bankangestellte wegen Beihilfe allenfalls eine Geldbuße, und dies erst seit Juli dieses Jahres. Ebenfalls jahrelang konnten deutsche Chemiekonzerne ungehindert Chemikalien zur Produktion von Rauschgift auf den Weltmarkt liefern. Erst die EG habe die Regierung zum Handeln gezwungen.

Das Buch macht klar, daß organisierte Kriminalität in Deutschland ein selbständiger Zweig der Marktwirtschaft geworden ist. Anders als in Italien handelt es sich um keine Parallelgesellschaft im Rahmen eines hierarchischen allumfassenden Syndikats. Es gibt noch keinen deutschen Gesamtverbrecherkonzern. Daß aber deutsche Kriminelle zunehmend stabsmäßig organisiert und arbeitsteilig spezialisiert vorgehen; belegt "Mafia im Staat" in hervorragender Weise.

Dr. Gerhard Schmid MdEP

(-/28. September 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*